

Der Freiheitskampf

Herausgeber:
Martin Mutschmann, M. d. R.

Einzelpreis 15 Pf. (in Dresden 10 Pf.)
Verlagsort Dresden

**Amthliche Tageszeitung der N. S. D. A. P.
Gau Sachsen**

Bezugspreis für 1 Monat RM. 2,50 (postf. 36 Pf. Zustellgebühr). Der Freiheitskampf erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Schriftleitung: Dresden-N. 1, Poststraße 12/14, Fernruf 14 712 und 15 100. Sprechstunden: 10-12 Uhr

Anzeigenpreis: Die 9 gespalt. mm-Zeile 15 Pf.; Anzeigen im Text dreifache Preise. Bei größeren Aufträgen ermäßigte Preise, die vom Verlag oder den Geschäftsbüros eingeholt werden können. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Geschäftsstelle: Dresden-N. 1, Poststraße 12/14. Auf 15 000. Postfach: Dresden 12 061. Postamt: Einheitspost Dresden 6149

Geschäftsstelle in Leipzig C 1: Gürtelstraße 23, I. Stock, Fernruf 11 228
Geschäftsstelle in Chemnitz: Weberstraße 12, I. Stock, Fernruf 5022

Mittwoch, 31. Dezember

Geschäftsstelle in Plauen I, Regit.: Hammerstraße 15, Fernruf 2017
Geschäftsstelle in Zwickau: Hauptmarkt 5, Fernruf 6302

Vorstoß der Reaktion

Die Jagd auf den „Freiheitskampf“

Der „Freiheitskampf“ brachte in der Weihnachtsgabe einen Aufsatz, der gewisse, uns verbesserungs- oder abschaffungsbedürftig erscheinende Verhältnisse im Sanatorium Kreiřha bei Dresden behandelte.

Am Montag nachmittag erschien in unserer Schriftleitung ein harmlos aussehender und ebenso harmlos dreinblickender Mann, der sich bei näherem Zusehen als Polizist entpuppte und Interesse für unsere Weihnachtsgabe zeigte. Das ist uns nun nichts neues. Es wäre schlimm um uns und unsere Sache bestellt, wenn nicht jeder „Freiheitskampf“, der die Presse verläßt, sofort die ungeteilte Aufmerksamkeit der Volksgenossen erregte. Hier aber war die Anteilnahme nicht ganz — sagen wir mal: von ungefähr. Das Interesse unseres Besuchers an der erwähnten Ausgabe war so stark, daß er erklärte, er müsse die „ganze Auflage“ mitnehmen. Wir sehten dem unternehmenden Amtsverwalter auseinander, daß niemals die Auflage einer Zeitung von der Schriftleitung aufbewahrt werde.

Wir führten noch einen heldenmütigen Kampf um unser Handexemplar, das einzige, das bei uns sichtbar vorhanden war (Der Kollege, der immer ein paar Stücke in den Taschen herumträgt, war zufällig abwesend) und so schickte sich unser Besucher, der eine Zeitlang einen eifrigen, aber erfolglosen Sucher gemacht hatte, zum Abschiednehmen an.

Der Grund seines Interesses für unser bescheidenes, so wenig komfortabel eingerichtetes Redaktionszimmer und die Weihnachtsgabe des „Freiheitskampfes“? Der Sanitätsrat und (leider!) Leiter des Kreiřhaer Sanatoriums, der Jude Krapf, hat eine einstweilige Verfügung beim Dresdner Amtsgericht II, Amtsgerichtsdirektor Weiland, erwirkt, nach der uns untersagt wird — ja, was denn eigentlich??

Die Sache ist nämlich die, daß uns selbst, die wir doch, um mit der Pastorin in der Reuterschen „Stromtid“ zu reden, „die Nächsten dazu“ sind, diese einstweilige Verfügung noch nicht einmal zugestellt worden ist. Wir sind also dank der etwas schnurrigen Praxis des Amtsgerichts II in Dresden nicht in der Lage, sagen zu können, was es eigentlich ist, das jetzt gegen uns „einstweilen verfügt“ worden ist! Freilich hält uns jene Praxis und unsere dadurch ver-

Bernichtung nationalsozialistischer Presse

Das Jahr fängt gut an. Die Reaktion rüstet sich zu entscheidenden Schlägen gegen den Nationalsozialismus, besonders gegen die gehähte und gefürchtete nationalsozialistische Presse. Die gewaltige Werbestraft unserer nationalsozialistischen Zeitungen (die sich jetzt in Sachsen trotz der wirtschaftlichen Ungunst der Zeit auch an unserem „Freiheitskampf“ bewährte), die Tatsache, daß sie auf die Volksgenossen immer größeren Einfluß gewinnen, veranlaßt die Reaktion zu einem beispiellosen Vorgehen gegen die Blätter der NSDAP.

Es wird gemeldet:

D r e s d e n, 30. Dezember. Der heftige Minister des Innern hat die nationalsozialistische Zeitung „Hesshammer“ auf Grund des Republikshutzgesetzes erneut verboten, und zwar bis zum 1. März 1931.

Zeitungsverbote auf zwei Monate sind eine Errungenschaft der Zeit nach dem November. Vorher kannte man Verbote auf Tage, in sehr „schlimmen“ Fällen auf Wochen. Ein Zeitungsverbot auf zwei Monate kann die Vernichtung eines Blattes bedeuten. Es ist wohl auch die Absicht der roten Reaktion, den waderen Kämpfer unserer heftigen Parteigenossen zu Grabe zu läuten.

Wird ihnen aber nichts nützen. Unsere Bewegung ist so erstarkt und die nationalsozialistischen Kämpferscharen so diszipliniert, daß auch dieser Schlag der Reaktion daneben gehen wird!

Unsere Parteigenossen aber wissen, was der Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei im neuen Jahre bevorsteht, daß es gilt, der anstürmenden Reaktion Widerstand zu leisten und mehr denn je auf dem Posten zu sein.

Deutsche Note in Genf Allgemeiner Arbeitsplan verlangt

In Beantwortung der Aufforderung des Generalsekretärs des Völkerbundes an sämtliche europäischen Regierungen zur Vorbereitung der Tagung des europäischen Ausschusses im Januar Vorschläge zu machen, hatte die deutsche Regierung bereits am 20. Dezember dem Generalsekretär eine kurze Note übermittelt. Ihr Inhalt beschränkt sich auf die Feststellung, daß die Hauptaufgabe der Ausschusstagung in der Beilegung von Meinungsverschiedenheiten über die Aufstellung eines allgemeinen Arbeitsplanes bestehen müsse. Ferner wird in der Note darauf hingewiesen, daß die Erarbeitung der letzten europäischen Zollwaffenstillstandskonferenz in das Arbeitsprogramm mit aufgenommen werden müßten.

Die deutsche Regierung behält sich vor, auf der Januartagung ihren Standpunkt zu den einzelnen Fragen darzulegen und Anträge zu stellen. Ueber diese allgemeine Stellungnahme hinaus enthält die deutsche Note keinerlei Anträge oder Vorschläge politischer oder wirtschaftspolitischer Art.

schuldete Unkenntnis auch davon ab, der hochweisen „einstweiligen Verfügung“ nachzuleben und uns nach ihr zu richten! ... Das ist eine ungewohnte Lebenslage, wenn man weiß, es ist gegen einen oder über einen etwas „verfügt“ und man weiß nicht, was. Wir tapten sozusagen über unser Schicksal im Dunklen und wenn jemand die teilnehmende Frage nach unserem Ergehen an einen von uns richtet, so antwortet er: „Da müssen Sie den Amtsrichter Weiland am Amtsgericht II fragen!“

Wir sehen „vorläufig“ davon ab, uns zu der Sache juristisch zu äußern. Wir beschränken uns auf die wahrheitsgemäße Feststellung, daß das Vorgehen des Amtsgerichts II einigermäßen laut nach dem Patentamt schreit.

Wer nationalsozialistische Blätter redigiert, darf nicht nervös sein und muß neben anderen auch die Gabe haben, Erkenntnisse oder Verfügungen revublikanischer Gerichte mit der der Sache wütenden Wutlosigkeit hinzunehmen. Wäre das nicht der Fall, sähe in uns nur ein Teil der Ehr- und anderen Kurcht vor den Gerichten, die dem Durchschnittsbürger anhängen, so wäre dieser Zustand zum Verurteilen!

Keinmal hätten wir verfaßt: auch im Verlaufe des „Freiheitskampfes“ ist gesucht worden: da es aber gerade die Weihnachtsgabe die mit besonderer Sorgfalt — ausgestellt worden ist, so hat man nur einige Exemplare gefunden.

Frauenarbeit und Sozialdemokratie

In der „Leipziger Volkszeitung“ war ein Genosse, der wahrscheinlich das Licht des Marxismus in erheblicher Mengenstärke „in sich aufgenommen“ hat, dagegen aufzutreten, daß man die ungeheure Arbeitslosigkeit auch durch Eindämmung der Frauenarbeit, besonders durch Beseitigung des Doppelverdienens vermindere. Diesem preiswürdigen Sozialisten leuchtet jetzt ein anderer, der, trotzdem er Leser der „Leipziger Volkszeitung“ ist, seinen Verstand behalten hat, in dieser eindeutigen Weise heim:

„Der Artikelschreiber soll ein arbeitsloser Genosse sein, nun gut, dann steht er entweder die Not nicht, oder will sie nicht sehen, diese fürchterliche Not, in welcher das deutsche Proletariat leidet. Dem Artikel nach hat der Schreiber für die Not seiner Klassen Genossen kein Verständnis, oder er hat die Not in ihren tiefsten Tiefen noch nicht erlebt. Die Redaktion hat den Artikel ohne Kommentar abgedruckt, eine Hoffnung, scheinbar ist sie nicht ganz damit einverstanden. Es ist ein Skandal, daß man in einer solchen Zeit der schwersten wirtschaftlichen Notlage nicht endlich einmal mit den sogenannten Doppelverdienern Schluss macht. Ich selbst bin Beamter in einigermaßen besser Stellung, fühle mich aber eins mit meinen Klassen Genossen, die da bittere Not leiden. Vielen Tausenden könnte geholfen werden, wenn man die Frau als Doppelverdiener endlich entfernen würde. Das ist eine soziale, ethische und gerechte Forderung. Wohlmerkt, ich bin kein Gegner der Frauenarbeit an und für sich, denn dann wäre ich kein Sozialist, aber man muß mit der Zeit gehen, vorwärts und nicht zurück, alles zu seiner Zeit. Wenn wir bessere Zeiten haben, dann kann die Frau als Ehefrau mit auf Arbeit gehen. Heute aber nimmt die verheiratete Frau

als Doppelverdiener Hunderttausenden von Frauen und Männern das Brot weg. Es wird höchste Zeit, daß Partei und Gewerkschaft mit aller Macht sich dafür einsetzen, die Doppelverdiener zu entfernen, vor allen Dingen auch in den Staatsbetrieben. Hat man Angst, sich die Klagen zu verbrennen? Die Erbitterung der Massen ist groß und treibt viele in radikale Strömungen. Ich sehe im öffentlichen Leben und kenne die Not. In meinem Wirkungskreise habe ich scharf gegen die Doppelverdiener Stellung genommen, die auch von allen, die einigermaßen denken können, eingesehen wird. Als Beamter habe ich ananens Einbild in die Verhältnisse. Wir haben bei uns verheiratete Frauen, deren Männer 350 RM im Monat verdienen und die Frauen noch pro Monat 200 RM. extra.

Bis heute habe ich nirgends in der Presse gelesen, daß man einmal diesen traurigen Zuständen ein Ende macht. Das oben angeführte sind Tatsachen, mit denen ich jederzeit den Beweis antrete. Anstatt bei der Behörde und im öffentlichen Leben die Doppelverdiener zu entfernen, werden die jungen Mädel und Männer auf das Pflaster geworfen. Soll das so weitergehen? Als Sozialist kann und muß man auf das schärfste dagegen Protest erheben. Dieses System erfordert, daß Partei und Gewerkschaft scharf dagegen ankämpfen müssen, zumal die Not des Proletariats täglich größer wird. Warum bei dieser gerechten Forderung der Kampf der Geschlechter entbrennen soll, ist mir unbegreiflich und absurd und hat mit dieser Forderung nichts zu tun. Erst all es die Not zu befeitigen, darum heraus aus den Betrieben mit den Doppelverdienern. Sozialist sein heißt Mensch sein, dafür zu kämpfen, daß alle Menschen als Menschen leben können.